

01.11.20

Landkreistag Saarland fordert: Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst vorziehen!

Um den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken, haben Bund und Länder im September vereinbart, insgesamt 4 Milliarden Euro für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen bundesweit den Gesundheitsämtern zur Verfügung zu stellen. Die Gesamtsumme ist in Tranchen eingeteilt, die ersten 200 Millionen Euro sollen im Sommer 2021 fließen. „Und das ist das Problem: Wir befinden uns mitten in der Pandemie und brauchen das Geld jetzt“, sagen Patrik Lauer, Landrat des Landkreises Saarlouis und Vorsitzender des saarländischen Landkreistages (LKT), sowie Udo Recktenwald, Landrat des Landkreises St. Wendel und stellvertretender LKT-Vorsitzender. Der Bund sehe vor, die Beträge bis 2026 jährlich zu erhöhen. „Es müsste aber genau umgekehrt sein: Um der Pandemie Herr zu werden, brauchen unsere Gesundheitsämter jetzt die größte finanzielle Unterstützung. Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst muss vorgezogen werden“, so Lauer und Recktenwald weiter. Damit unterstützt der LKT eine Forderung, die am Wochenende auch der saarländische Ministerpräsident erhoben hat.

„Unsere Gesundheitsämter sind am Limit, arbeiten sieben Tage die Woche von morgens bis abends. Die Fallzahlen steigen, die Kontaktpersonennachverfolgung wird immer schwieriger. Momentan ziehen wir unser eigenes Verwaltungspersonal hinzu, deren eigene wichtige Arbeit liegen bleibt, auch werden wir dankenswerterweise durch die Bundeswehr unterstützt“, erläutern Lauer und Recktenwald. „Wir befinden uns in einer kritischen Phase. Wir brauchen jetzt mehr Ärzte, Labor- und Hygienespezialisten sowie Verwaltungsfachkräfte, wir müssen jetzt unsere Gesundheitsämter auf den neusten digitalen Stand bringen, wir müssen jetzt den Austausch zwischen den Ämtern vereinfachen.“

Lauer und Recktenwald fordern den Deutschen Landkreistag auf, sich in Berlin für ein Vorziehen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst stark zu machen. Ebenso die Gesundheitsminister der Länder, ihren Einfluss beim Bundesgesundheitsministerium geltend zu machen.

Auch müsse der Kollaps der Krankenhäuser verhindert werden. Der LKT unterstützt daher auch die Forderung des saarländischen Ministerpräsidenten nach einem Rettungsschirm für die Kliniken, um finanzielle und personelle Ressourcen zu schaffen.

Außerdem fordern Lauer und Recktenwald ein Umdenken bei Corona-Fällen an Schulen: „Dort, wo Maskenpflicht herrscht und es Lüftungskonzepte gibt, sollten nicht mehr ganze Schulklassen als Kontaktpersonen ersten Grades in Quarantäne geschickt werden, wenn es in der Klasse einen positiven Fall gibt.“ Die Ansteckungsgefahr sei gering. Eine Auffassung, die auch der saarländische Virologe Dr. Jürgen Rissland teile.